

Druckerstreik in Frankfurt...

**"FAZ" mit Hubschrauber ausgeflogen
POLIZEIEINSÄTZE gegen streikende Drucker**



Hubschraubereinsatz bei der FAZ ●

Innerhalb von zwei Tagen, am Wochenende vom 25./26.6, ist es in Frankfurt zweimal zu Polizeieinsätzen gegen den Streik der Drucker um die 35-Stunden-Woche gekommen. Dabei ließ die FAZ sogar eine Notausgabe ihres Blattes mit einem Hubschrauber ausfliegen, um eine Blockade des Werkes durch streikende Kollegen zu umgehen.

Dies ist die Antwort der Druckunternehmer auf erfolgreiche Versuche der streikenden Druckkollegen, mit Hilfe der Solidarität vieler Frankfurter Gewerkschafter konsequent das Erscheinen von Notausgaben der in Frankfurt gedruckten Tageszeitungen zu verhindern. Im Tarifkonflikt in der Druckindustrie hat sich hier eine Zuspitzung ergeben, die zeigt, daß die Unternehmer heute keine Bedenken mehr haben, in einer Tarifaufeinandersetzung nicht nur mit allen juristischen Mitteln, sondern nötigenfalls auch mit Hilfe von Polizeigewalt vorzugehen.

Der Konflikt in der Druckindustrie rangiert von seinen wirtschaftlichen Auswirkungen her gesehen weit hinter dem in der Metallindustrie, aber politisch bildet er gegenwärtig in zunehmendem Maße den Mittelpunkt des Unternehmerangriffes gegen die Gewerkschaften.

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie hat sich zugespitzt

Wie konnte es zu einer solchen Zuspitzung kommen? Der Streik der Drucker befindet sich nunmehr in der fünfzehnten Woche. Seit zwei Wochen ist die IG Druck und Papier dazu übergegangen, Zeitungsverlage in Großstädten unbefristet zu bestreiken. Die Druckunternehmer versuchen seitdem verstärkt, den Streik wirkungslos zu machen, indem sie von Redakteuren Notausgaben herstellen lassen und durch gerichtliche Verfügungen deren Auslieferung erzwingen.

Auch die beiden Frankfurter Großdruckereien "Frankfurter Societätsdruckerei" (FSD; Herstellung von FAZ, "Neue

Presse", "Abendpost Nachtausgabe", "Financial Times" u.a. und das Druckhaus der Frankfurter Rundschau, in dem u.a. auch "Bild", "Handelsblatt" und "Zeit" gedruckt werden, befinden sich im unbefristeten Ausstand. Vor allem bei der FR führt dies inzwischen auch zu spürbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten für den Unternehmer, ist der Verlag doch weitgehend abhängig von Großaufträgen vor allem von Springer. Damit steht die FR mit ihrem traditionell "liberalen" Betriebsklima auch politisch unter erheblichem Druck von den Scharfmachern im Unternehmerlager.

Wie in vielen anderen Betrieben sind die Belegschaften der Frankfurter Großdruckereien eher skeptisch in den Arbeitskampf gegangen. Dies drückt sich am deutlichsten in dem schwachen Ergebnis der Urabstimmung bei der FSD aus: nur 65% der Kollegen waren für den Streik. Verbreitete Ansicht war es, daß man sich von der Wochenarbeitszeitverkürzung nicht allzu viel versprach für die eigene Situation am Arbeitsplatz. Eher fühlten sich viele Kollegen gegenüber der Gewerkschaft "verpflichtet", in dieser Situation nicht abseits zu stehen. Die Kollegen wissen, daß das Unternehmerlager in dieser Auseinandersetzung eine entscheidende politische Schwächung der Gewerkschaften durchsetzen will. Und dazu muß der Unternehmer den Streik kaputt machen, indem er die Moral der Streikenden kaputt macht.

In Frankfurt schienen die Druckunternehmer zunächst einigen Erfolg dabei zu haben

Während der ersten Schwerpunktstreiks war die Situation an den Werkstoren ziemlich demoralisierend. Man wußte, daß die Streiks nur begrenzte Wirkung haben würden. Den Kollegen war klar, daß sie mit zweitägigen Streiks dem Unternehmer nicht viel entgegensetzen könnten. An den Werkstoren wurde kaum kontrolliert. Betriebsfremden Kollegen, die die Drupa zur Unterstützung der Streikposten aufgerufen hatte, begegneten die Streikenden eher mit Skepsis. Die Be-

hinderung der Produktion hielt sich in dieser Phase sehr im Rahmen.

Die FAZ und die FR verzichteten in dieser Situation auf Notausgaben. Das konnte man sich leisten, weil man darauf setzte daß der Streik sowieso nur zögernd von den Kollegen unterstützt würde. Man demonstrierte, daß man keine "unnötige" Eskalation wollte und glaubte, den Arbeitern beweisen zu können, daß die ganze Auseinandersetzung eh nur von ein paar radikalen Gewerkschaftsfunktionären in Gang gesetzt worden sei. Ein wirkliches Erfolgserlebnis entstand in dieser Phase nur einmal: Am 18. 5. gelang es, bei der FR-Druckerei die Herstellung der Springerblätter "Bild am Sonntag" und "Welt am Sonntag" zu verhindern. Mit zahlreicher Unterstützung von Kollegen aus anderen Einzelgewerkschaften verbaute man einer Gruppe von ca 70 Streikbrechern den Zugang in den Betrieb.

Diese Situation veränderte sich erst, als die IG Drupa angesichts der immer härteren Verhandlungssituation zu unbefristeten Streiks aufrief. Von diesem Zeitpunkt an war spürbar, daß die Unternehmer die bisher recht zögernde Mobilisierung für den Streik ausnutzen wollten, um der IG Drupa für die nächsten Jahre das Kreuz zu brechen. Am deutlichsten sichtbar wurde dies in der Ablehnung des Biedenkopf-Kompromisses durch die Druckunternehmer.

Von der FR wurde eine gerichtliche Verfügung erwirkt, die die Behinderung von Streikbrechern verbot. Am Donnerstag, dem 21. 6., versuchte die FAZ erstmals, eine Notausgabe herauszubringen. Das Erscheinen dieser Notausgabe konnte nicht verhindert werden.

Zwei Lieferwagen mit relativ wenigen Exemplaren konnten das Werk verlassen. Die Kollegen ließen sie passieren, weil klar war, daß der Verlag der FAZ an diesem Donnerstag eine Blockade provozieren wollte, um eine einstweilige Verfügung zur "Gassenbildung" erzwingen zu können und damit das Erscheinen der viel lukrativeren Wochenendausgabe zu garantieren. Für die Kollegen vor dem Tor, v.a. für die vielen aus anderen Betrieben und Einzelgewerkschaften, war dieses Taktieren gar nicht so schnell einsehbar. Erst nach längeren Diskussionen konnte man sich auf dieses taktische Zugeständnis einigen.

In der Nacht stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Notausgabe der FAZ außerhalb Frankfurts, in der Druckerei der rechten türkischen Tageszeitung "Tercüman" gedruckt worden war. Dieser Betrieb hat Erfahrung mit Streikbrucharbeiten. Im Jahre 1979 war hier eine Streikbruchausgabe der Londoner "Times" hergestellt worden. Erst vor kurzem ist der Bezirk Hessen der Drupa zu einem Schadensersatzgeld von DM 60 000 verurteilt worden, weil die Auslieferung der "Times" damals erfolgreich verhindert worden war.

Zeitungsauslieferung erfolgreich behindert

Nach der Erfahrung der vergangenen Nacht sollte am Freitagabend versucht werden, bei der FSD konsequent die Samstagausgabe der FAZ zu verhindern.

Dies klappte auch. Am frühen Abend sorgten die Streikposten bei der FSD dafür, daß diesmal kein Lieferfahrzeug aus dem Betrieb herauskam.

Das Problem war jedoch die türkische Druckerei in Zeppelinheim. Am Werkstor in Frankfurt wurde verabredet, diese in der Nacht ebenfalls zu blockieren. Zu so einer Aktion konnte es natürlich keinen Aufruf der Landesstreikleitung geben. Durch eine Telefonkette wurden etwa 150 Frankfurter Gewerkschafter nach Zeppelinheim mobilisiert.

Die nächtliche Aktion hatte Erfolg. Die in Zeppelinheim gedruckten 12 000 Notexemplare der FAZ konnten nicht ausgeliefert werden, der Fahrer brauchte gar nicht erst zu versuchen, aus der Werkseinfahrt rauszukommen, denn diese war mit quergestellten PKW verbaut.



Samstagabend, 24.6.84: Straßenblockade vor der "Frankfurter Rundschau"

Die Polizei erschien nur in Gestalt des Offenbacher Polizeipräsidenten, der aufforderte, die Blockade abzubauen. Ein Polizeieinsatz wurde trotz der "eindeutigen Rechtslage" in dieser Nacht nicht gestartet. Offenbar sollte nach den Erfahrungen von 1979 an diesem Ort keine Auseinandersetzung provoziert werden.

Die Gewerkschafter vor der TER-Druckerei hatten aus der Erfahrung von 1979 und den anschließenden Gerichtsverfahren gelernt. Diesmal konnte verhindert werden, daß einzelne Kollegen von der Justiz als Verantwortliche belangt würden. Als der Offenbacher Polizeipräsident forderte, der Verantwortliche für diese Aktion solle vortreten, traten ihm alle anwesenden Kollegen entgegen.

Am Samstag kam es dann aber zur Konfrontation zwischen Streikenden und der Polizei.

Bei der FR sollte die Auslieferung der Sonntagszeitungen und der "Zeit" verhindert werden. Am Abend trug die Polizei zunächst eine Sitzblockade einer kleineren Gruppe von FR-Kollegen ab. Der Unternehmer hatte sich beim Amtsgericht Offenbach eine einstweilige Verfügung geholt, die den Lastwagen die bekannte "Gasse" zur Ausfahrt sichern sollte. Aber im Laufe des Abends sammelte sich eine immer größere Anzahl befreundeter Gewerkschafter vor dem Verlagshaus der FR. Um 22.30 versuchte ein weiterer Lastzug das Werksgelände zu verlassen. Aus dem Werkstor kam er noch raus, aber auf der Straße wurde das Fahren dann etwas. Etwa 60 Kollegen hatten sich dem Lastzug in den Weg gestellt und spazierten Schrittmäßig für Schrittmäßig, ganz langsam vor dem LKW die Straße herunter. Die Polizei kam wieder mit ca 40 Mann und versuchte, die Kollegen von der Straße abzudrängen. Aber die ließen sich nicht so einfach beiseite schieben. Immer wieder reihte man sich in den Pulk vor dem Lastwagen ein, ein dauerndes Geschiebe mit der Polizei, Gesänge "Keiner schiebt uns weg...", der LKW mittendrin versucht immer noch stückchenweise voranzukommen, schließlich packt der Fahrer den Streß nicht mehr und er dreht den Zündschlüssel rum.



Der Lastzug bleibt bis auf weiteres auf der Straße stehen. Der Offenbacher Polizeipräsident entscheidet in Absprache mit dem Unternehmer, den Polizeieinsatz abzubauen. Um diese Blockade zu unterbinden, hätte erheblich mehr Polizei eingesetzt werden müssen.

Um 1 Uhr nachts schließt die Geschäftsleitung mit der betrieblichen Streikleitung eine Vereinbarung ab, nach der in dieser Nacht keine Auslieferung mehr erfolgen und die im Werk befindlichen LKW entladen werden. Dafür darf der LKW auf der Straße weiterfahren und seine Fracht ausliefern, eine etwas dürrig ausgefallene Notausgabe des Regenbogenblattes "Bild der Frau". Einige Kollegen hatten bereits die Gelegenheit benutzt, um sich dieses Lesevergnügen kostenlos zuzuführen.

Damit war es in dieser Nacht gelungen, trotz gerichtlicher Verfügung die Auslieferung eines Teils der Produktion zu verhindern. Entschlossenes und gemeinsames Handeln der Kollegen - und nicht zuletzt ein bißchen Phantasie - haben es möglich gemacht, die rechtlichen Schranken des Arbeitskampfes genau um den kleinen entscheidenden Schritt zu überschreiten, der den Unternehmer in diesem Fall zum Zurückweichen zwang. Gerade auch für die Kollegen von der FR war dies eine sehr wichtige Erfahrung.

Die Vorgänge bei der FAZ

Mit den Aktionen vom Freitag und Samstag war es gelungen, durch gewerkschaftliche Solidarität die Auslieferung wirtschaftlich wichtiger Druckaufträge zu verhindern. Die Unternehmerseite war damit politisch herausgefordert. Was würde sie tun?

Am Sonntag, dem 25. 6. gab es erneut ein gemeinsames Streikpostenstehen von Frankfurter Gewerkschaftern mit den Kollegen der FSD. Allgemein wurde erwartet, daß die FAZ es nun auch mit einer Verfügung versuchen würde. Aber die Unternehmer ließen sich etwas anderes einfallen: Um 16.00 Uhr tauchte plötzlich ein Hubschrauber über den Köpfen der Kollegen auf und landete in dem engen Werkshof. Empörung bei den Kollegen vor dem Tor: Vor einiger

Zeit hatte es bei der FSD einen lebensgefährlichen Arbeitsunfall gegeben. Aus Sicherheitsgründen durfte damals kein Rettungshubschrauber landen.

Es dauerte keine Viertelstunde, bis der Hubschrauber zum zweiten Mal zu diesem Manöver ansetzte. Im Werkshof wurde er vollgestopft mit Notausgaben der FAZ, pro Flug ca 15 000, die dann direkt zum Frankfurter Flughafen geflogen wurden. Das Ganze fast zwanzig Mal an diesem Abend. Ohnmächtige Wut machte sich breit. Es war klar: Der Einsatz des Hubschraubers war eine politische Machtdemonstration des Unternehmers. So etwas kostet einen Haufen Geld und mit einer Notausgabe für vierzig Pfennig und ohne Anzeigen holt man das bestimmt nicht wieder rein.

Die Drucker und Setzer der FSD erleben im Betrieb tagtäglich, wie der Unternehmer sie durch den Einsatz neuer Technologien überflüssig macht. Und jetzt wurde ihnen vorgegeben, wie man auf ebensolche "zeitgemäße und elegante Art" (so ein Kommentar der FAZ in jener Notausgabe) ihren Arbeitskampf um seine Wirkung bringen will.

"Was nützt uns unser Streikrecht, wenn die da mit ihrem Profit einen Hubschrauber holen und die Zeitung rausfliegen! Die glauben, die dürfen mit ihrem Geld alles machen". Das war die Stimmung.

Aber trotz der Ohnmacht war klar, daß etwas geschehen mußte. Aber was? Schließlich war im Hintergrund schon eine Hundertschaft Polizei aufmarschiert.

Als der Hubschrauber sechs- oder sieben Mal gelandet war, kletterten einige Kollegen auf die Werksmauer, um sich den Spaß mal anzusehen. Irgendjemand hatte einen Stoffdrachen organisiert. Als ein Kollege das Ding aufsteigen ließ, setzte sich die Bereitschaftspolizei in Bewegung. Eine Anzahl von Kollegen versuchten, den Drachensteiger zu schützen, es kam zu einem Gerangel mit der Polizei, der Drache wurde kassiert.

Als der Hubschrauber wiederkommt, fliegt plötzlich eine Rolle Klopapier über die Mauer. Das war wie ein Signal. Alles verfügbare Papier wird zusammengesammelt, ein VW-Bus bringt eine Ladung alter IGM-Flugblätter und bei den nächsten Landeversuchen ergießt sich ein Hagel von Klorollen und Papierfetzen über die Mauer. Fünfmal muß der Hubschrauber zum Landen ansetzen, das Papier könnte ins Stahltriebwerk gelangen. Die Polizei will das verhindern. Sie versucht, die ca 150 Kollegen vor dem Tor wegzudrängen, so daß sie nichts über die Mauer schmeißen können.

Aber das läßt sich keiner bieten. Die Polizei ist plötzlich nicht mehr neutral, die Polizisten sind nicht mehr Jungs mit dem undankbaren Job, bei Demos und Fußballspielen für Ordnung sorgen zu müssen. Auch vielen politisch weniger bewußten Kollegen wird in diesem Augenblick klar: Die Polizei ist hier der Erfüllungsgehilfe des Unternehmers. Vereinzelt rufe "Werkschutz, Werkschutz" werden laut.

Die Kollegen haken sich unter, die Polizei stemmt sich gegen die Menge, aber die Kollegen lassen sich nicht wegdrängen. Die Sprechchöre "Schämt Euch! Schämt Euch!" gehen einigen Polizisten ganz schön unter die Haut. Keiner der Kollegen vor dem Tor macht sich aus dem Staub, aus Angst es könnte jetzt oder später Folgen für ihn haben. Jedesmal, wenn der Hubschrauber kommt, geht der Papierhagel wieder los.

Im Werkshof versuchen unterdessen Angestellte bis hinauf zum Abteilungsleiter, die Papierflut mit einem Feuerwehrschauch beiseite zu spritzen. Auf dem Dach einer Garage stehen Angestellte mit Feuerwehrhelmen auf dem Kopf und versuchen unter allgemeinem Gelächter die Papiermassen runter in den Hof zu schieben.

Bis gegen 21.30, als der Hubschrauber mit Einbruch der Dunkelheit zum letzten Mal landet, kommt es immer wieder zu solchen Situationen. Überall gibt es erregte Diskussionen über die Rolle der Polizei.

In der ganzen Situation entsteht ein starkes Gefühl der Gemeinsamkeit unter den Kollegen. Auffällig ist nur, daß von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären vor dem Tor kaum etwas zu sehen ist. Der DGB-Vorsitzende Kiewewetter zieht es vor, die Auseinandersetzung vom Bürgersteig der gegenüberliegenden Straßenseite zu beobachten.

Die FSD-Kollegen sind selbstbewußter geworden - aber viele Fragen bleiben

Auch wenn klar ist, daß am nächsten Tag die FAZ mit einer Notausgabe von einigen hunderttausend Exemplaren erscheinen kann, haben die Auseinandersetzungen vom Sonntagabend das Selbstbewußtsein gestärkt. Dies kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß eine Streikversammlung am folgenden Tag fast einstimmig beschließt, den Streik fortzusetzen. "bis eine Änderung der Situation eintritt". Das Zusammenhalten gegen die Provokation von Unternehmer und Polizei ist eine Erfahrung gewesen, die das Vertrauen in die eigene Kraft bestärkt hat.

Die meisten der Kollegen haben bis zu diesem Tag wohl kaum geglaubt, daß Unternehmer und Staat mit ihrem Streik so umgehen würden, wie mit Demonstrationen an der Startbahn West oder gegen Kernkraftwerke. Das Vertrauen in den "Rechtsstaat" ist bei vielen FSD-Kollegen angeknackst worden. "Das sind die Symptome von 1929", sagt ein älterer Kollege. Daß der Unternehmer sich in den kommenden Jahren noch als Sozialpartner verhalten könnte, erscheint vielen plötzlich zweifelhaft. Und mit den Streikbrechern werden im Betrieb noch einige Diskussionen zu führen sein.

Aber in das gewonnene Selbstbewußtsein mischt sich auch Skepsis. Wie soll man sich angesichts dieser Härte des Unternehmers in den Auseinandersetzungen kommender Jahre behaupten können, wenn der Unternehmer seine Zeitung auch ohne Drucker und Setzer mit Angestellten oder mit Hilfe von Streikbrechern herstellen kann? Denn das ist klar: Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Beschäftigten bei FSD ist während der gesamten Auseinandersetzung nicht mitgezogen. Und viele Druckbetriebe sind an diesem Streik nicht beteiligt, so daß immer wieder Streikbrucharbeiten übernommen werden können.

Vielen Kollegen ist deutlich geworden, daß man angesichts von Notausgaben und Hubschraubereinsätzen versuchen müßte, im Betrieb die Produktion lahmzulegen.

Aber jetzt - wie die Landesstreikleitung sich das vorstellt - in den Betrieb reinzugehen und sich Abteilung für Abteilung auf einen Kleinkrieg mit dem Unternehmereinzulassen, dazu fühlen sich viele Kollegen nicht stark genug. Ein älterer FSD Kollege drückt dies auf einer Streikversammlung im Gewerkschaftshaus so aus: "Ich bin von Natur aus feige. Ich habe aber jetzt viel an Mut gewonnen. Vor dem Tor, in der Masse, fühle ich mich stark. Aber jetzt wieder in den Betrieb gehen und dem Meister alleine gegenüberstehen - das schaff ich nicht. Ich kann meinen Mut nicht in einer Konservendose aufbewahren."

Deutlich werden diese Schwierigkeiten einen Tag später bei der Frankfurter Rundschau. Am Montagabend beschließt eine Streikversammlung der FR-Kollegen, ab Mitternacht wieder in den Betrieb zu gehen und mit kleineren Aktionen von innen heraus die Produktion zu stören. Die Kollegen von der FSD versuchen, die Rundschau-Arbeiter von diesem Beschluß abzubringen, denn sie wollen ihren Streik aufrecht erhalten. Es kann aber nicht angehen, daß ein Großbetrieb in Frankfurt streikt und der andere arbeitet.

Unter diesem Eindruck wird am Montagabend von den FR-

Kollegen erneut abgestimmt. Ergebnis: Die Mehrheit der Kollegen spricht sich dafür aus, doch bis auf weiteres zu bestreiken.

Vor der FR ist die Situation an diesem Abend sehr verwirrend. Keiner blickt durch, was jetzt passieren soll. Der Unternehmer will in dieser Nacht die Bild-Zeitung rausbringen. Eine ganze LKW-Kolonnen wartet schon in Sichtweite. Die betriebliche Streikleitung hat keinerlei Autorität mehr. Sie hatte im Laufe des Tages mit der Geschäftsleitung eine Vereinbarung abgeschlossen, daß ab null Uhr wieder gearbeitet würde. Durch die Abstimmung am Abend hängt diese Vereinbarung jetzt in der Luft.

Die Kollegen fühlen sich durch die Taktiererei der betrieblichen Streikleitung verarscht. Aber keiner weiß, was jetzt gesehen soll.

Der BR-Vorsitzende H.G. Fritz versucht vor kleinen Grüppchen von Kollegen sein Vorgehen zu rechtfertigen. Schließlich taucht auch der technische Leiter des Betriebes auf und erklärt den Kollegen immer wieder, daß die Gewerkschaftsfunktionäre ihn im Stich gelassen hätten. Springer Bucarius & Co würden mit der Kündigung von Großaufträgen drohen. "Versprechen sind nun mal dazu da, daß man sie einhält."

In der Enttäuschung zeigt dieses Argument bei vielen Kollegen Wirkung.

Erst weit nach Mitternacht ergreift die Streikleitung wieder die Initiative und erklärt, daß trotz allem erstmal die Torblockade aufrechterhalten werden soll und daß am nächsten Tag eine Streikversammlung von FR und FSD über ein gemeinsames Vorgehen beschließen soll.

Der Unternehmer verzichtet an diesem Abend darauf, die Zufahrt der LKW ins Werk zu erzwingen. Was andernfalls in dieser Stimmung von Verwirrung, Enttäuschung und Wut passiert wäre, hätte zu einem Alptraum werden können.

Auf der Versammlung am Dienstag kommt noch einmal die ganze Widersprüchlichkeit der Erfahrung zum Ausdruck, die die Belegschaften der beiden Frankfurter Großdruckereien in diesem Arbeitskampf bisher gemacht haben.

In der verhärteten Auseinandersetzung mit dem Unternehmer ist das Selbstbewußtsein vieler Kollegen gewachsen. Die Erfolge bei der Behinderung von Zeitungsauslieferungen haben die Erfahrung gebracht, daß mit solidarischen Handeln der Unternehmer unter Druck gesetzt werden kann. Aber deutlich ist auch, daß ein solcher Streik nur dann einen Sinn haben kann, wenn er auch in anderen Betrieben Biß hat; daß in einer Auseinandersetzung mit dem einzelnen Unternehmer kaum was zu erreichen ist, sondern daß das Unternehmlager als Ganzes getroffen werden muß.

In diesem Streik sind sich viele Kollegen erst richtig bewußt darüber geworden, was in den nächsten Jahren vom Unternehmer her alles auf sie zukommen wird und daß es einer ungeheuren Kraftanstrengung der Gewerkschaftsbewegung bedarf, um gegen die immer härteren Angriffe des Unternehmers auf Arbeitsplätze und Löhne Widerstand zu entwickeln.

Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß die Erfahrungen dieser Auseinandersetzungen unter den Beteiligten politisch verarbeitet werden.

Große klassenkämpferische Sprüche werden dabei ebenso wenig nutzen wie moralisches Geschimpfe auf die Gewerkschaftsbürokratie. Denn die Erfahrungen vieler Kollegen in diesem Arbeitskampf sind viel zu widersprüchlich, als daß die Suche nach einem Buhmann hier eine Erklärung ersetzen könnte. Vor allem heißt das: Es muß eine offene Diskussion darüber geführt werden, daß eine Gewerkschaftspolitik, die jahrzehntelang als "Tarifmaschine" zuverlässig funktioniert hat, heute am Ende ist.

Stand 29. 6. 1984